SATZUNG DER GEMEINDE BENZ

über den Bebauungsplan Nr. 6 " OT Kalsow"

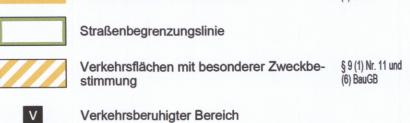
im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB

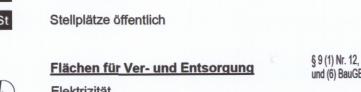
Teil A - Planzeichnung, M 1: 1000



Planzeichenerklärung Planzeichen Erläuterung Rechtsgrundlager Festsetzungen § 9 (1) Nr. 1 BauGB Art der baulichen Nutzung Allgemeines Wohngebiet § 9 (1) Nr. 1 BauGB Maß der baulichen Nutzung § 16 (2) Nr. 1 BauNVO Grundflächenzahl Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß § 16 (2) Nr. 3 BauNVO Firsthöhe als Höchstmaß § 16 (2) Nr. 4 BauNVO SD, WD, KWD Satteldach, auch versetzt, Walmdach, Dachneigung

0	Bauweise, Baugrenzen offene Bauweise	§ 9 (1) Nr. 2 BauGE § 22 (1) BauNVO
Ê	nur Einzelhäuser zulässig	§ 22 (2) BauNVO
	Baugrenze	§ 23 (1) BauNVO
	Verkehrsflächen (öffentlich)	§ 9 (1) Nr. 11 und (6) BauGB



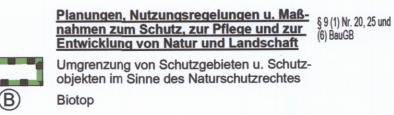


<u>Grünflächen</u>	§ 9 (1) Nr. 15 und (6) BauGB
öffentliche Grünfläche	
Spielplatz	



Verkehrsgrün









Darstellung ohne Normcharakter Flurstücksgrenze

z.B. 27/3 Nummer des Flurstückes Geländehöhenpunkt, Höhenbezug DHHN 92 Böschung

> vorhandene Gebäude und baul. Anlagen Rückbau vorhandener Gebäude

———— in Aussicht genommene Grundstücksgrenzen

Maßlinie mit Maßzahl in Meter, z.B. 5,00 m

Löschwasserentnahmestelle

Örtliche Bauvorschriften

gem. § 9 (4) BauGB i. V. m. § 86 LBauO M-V

BAUGESTALTERISCHE FESTSETZUNGEN

Die zulässigen Dachformen und Dachneigungen sind in der Planzeichnung Die Dächer sind mit Dachziegeln bzw. -steinen in den Farben rot, rotbraun braun oder anthrazit auszuführen.

Dachaufbauten auf einer Dachfläche sind nur in einer Art und Ausführung Daches zu beenden. Die Gesamtbreite der Dachaufbauten wird auf maximal 1/2 der jeweiligen

Hausbreite (Außenwandlänge) begrenzt. Der Einsatz von unbeschichteten Metalldachflächen ist unzulässig.

2.0 Fassaden

umschließen.

- Zur Gestaltung der Fassaden von Hauptgebäuden sind folgende Materialien zulässig:
- Sichtmauerwerk verputzte bzw. geschlämmte Oberflächen
- Außenwandverkleidungen aus Holzschalungen bzw. Fassadenplatten für Wintergärten sind auch Leichtkonstruktionen aus Glas/Holz bzw. Glas/Metall zulässig
- andere Materialien sind bis zu 50 % der jeweiligen Wandfläche ausschließlich der Fenster- und Türöffnungen zulässig. nicht zulässig sind:
- hochglänzende Baustoffe mit einem Glanzgrad > 70 GE Meßkopf 60° (z.B. Edelstahl, emaillierte Fassadenelemente, Fliesen o.ä.)

3.0 Nebenanlagen Gas- oder Ölbehälter außerhalb von Gebäuden sind unterirdisch anzuordnen oder in einer geschlossenen Umkleidung unterzubringen. Müllbehälter sind im straßenseitigen Bereich mit Verkleidungen oder durch Einfriedungen aus lebenden Hecken, Pergolen oder Holzzäunen zu

4.0 Zufahrten, Stellplätze, Zugänge Befestigte Flächen auf den privaten Grundstücken sind als kleinteilige Pflasterbeläge (z.B. Beton-, Ziegel- oder Natursteine) oder als wassergebundene Decke auszubilden.

Die maximal zulässige Höhe der straßenseitigen Einfriedungen beträgt

Die maximal zulässige Höhe der Einfriedungen an seitlichen und rückwärtigen Grundstücksgrenzen beträgt 2,00 m.

verstößt, handelt rechtswidrig im Sinne des § 84 Abs. 1 Nr. 1 LBauO M-V

6.0 Sicht- und Windschutzwände Die Verwendung von Sichtschutzwänden und Sichtschutzelementen als

und kann mit einem Bußgeld geahndet werden.

Grundstückseinfriedung ist nicht zulässig. 7.0 Ordnungswidrigkeit Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die gestalterischen Festsetzungen

Teil B - Text

PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Art der baulichen Nutzung § 9 (1) Nr. 1 BauGB Baugebiet gemäß § 1 Abs. 3 BauNVO WA - allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO

Beschränkung der Zahl der Wohnungen gemäß § 9 (1) Nr. 6 BauGB

Die höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden ist auf zwei Wohnungen beschränkt.

Allgemein zulässig sind gemäß § 4 (2) BauNVO

- die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störender
- 3. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke
- Die allgemein zulässigen Nutzungen unter Pkt. 2 und 3 sind auch innerhalb eines Wohngebäudes zulässig

- Ausschluss von Ausnahmen gemäß § 1 (6) BauNVO
- Tankstellen (§ 4 Abs.3 Nr.5)

Ausnahmsweise zulässig gemäß § 4 (3) BauNVO

- Betriebe des Beherbergungsgewerbes (§ 4 Abs.3 Nr.1 sonstige nicht störende Gewerbebetriebe (§ 4 Abs.3 Nr.2)
- Anlagen für Verwaltungen (§ 4 Abs.3 Nr.3)
- Gartenbaubetriebe (§ 4 Abs.3 Nr.4)

Maß der baulichen Nutzung § 9 (1) Nr. 1 BauGB Grundfläche baulicher Anlagen § 16 (2) Pkt. 1 BauNVO

Das Maß der baulichen Nutzung wird durch die Grundflächenzahl bestimmt.

2.2 Höhe baulicher Anlagen § 18 (1) BauNVO

Die Firsthöhe wird als Höhe der obersten Dachbegrenzungskante, also

- bei Satteldächern die äußere Schnittgerade der beiden Dachflächen, bei versetzten Satteldächern die oberste Dachbegrenzungskante,
- bei Walm- und Krüppelwalmdächern als die äußere Schnittgerade der Dachschenkel gemessen vom unteren Bezugspunkt definiert.

Als unterer Bezugspunkt der festgesetzten Höhe baulicher Anlagen gilt die mittlere Höhenlage des dem Baugrundstück zugeordneten Straßenabschnittes.

Überbaubare Grundstücksfläche § 9 (1) Nr. 2 BauGB

Gemäß § 23 (5) BauNVO

- von Gebäuden als Nebenanlagen im Sinne des § 14 (1) BauNVO sowie
- von Garagen und überdachten Stellplätzen (Carports) nur in einem Abstand von mindestens 5,00 m bis zur straßenseitigen Grundstücksgrenze zulässig.

4. Niederschlagswasserableitung nach § 9 (1) Nr. 14 BauGB

- Das auf den Baugrundstücken anfallende unbelastete Niederschlagswasser ist zu erfassen und über die vorhandene Bestandsleitung in die Vorflut Nr. 11:0:10/8/1/1 des Wasser- und Bodenverbandes abzuleiten.
- NATURSCHUTZRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sowie Flächen

und Maßnahmen zum Ausgleich § 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 6 BauGB; § 1a Abs. 3 BauGB

Die zur Erhaltung festgesetzten, gem. des § 18 NatSchAG Mecklenburg-Vorpommern geschützten, Bäume sind vor Beeinträchtigungen während der Bauphase gem. der DIN-Vorschriften zu schützen. Zur langfristigen Erhaltung der Bäume ist zu gewährleisten, dass die Wurzelbereiche (Kronentraufe + 1,5 m) von jeglicher Bebauung und Versiegelung freizuhalten sind. Bau-, anlagebedingte Beeinträchtigungen (z.B. Abgrabungen, Aufschüttungen, Ablagerungen, Versiegelungen etc.) im Wurzelbereich sind unzulässig.

Nicht überbaute Flächen der Grundstücke sind zu begrünen und gärtnerisch zu gestalten. Das Anlegen von Schottergärten ist unzulässig.

Textliche Hinweise

Wenn während der Erdarbeiten unvermutet Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 DSchG M-V die untere Denkmalschutzbehörde des Landkreises Nordwestmecklenburg zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern oder Beauftragten des Landesamtes für Kultur- und Denkmalpflege in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür die Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der

Altlasten / Abfall / Bodenschutz

Schädliche Bodeneinwirkungen, welche eine Verschmutzung, unnötige Vermischung oder Veränderungen des Bodens, Verlust von Oberboden, Verdichtung oder Erosion hervorrufen können, sind zu vermeiden. Von Menschen beeinflusster Boden oder Boden, dessen unbelastete Herkunft nicht lückenlos dokumentiert ist, kann ohne repräsentative Deklarationsanalyse nicht als unbelastet verwertet werden.

- 2. Konkrete Anhaltspunkte dafür, dass eine bisher unbekannte schädliche Bodenveränderung oder Altlast vorliegt, sind unverzüglich der Landrätin des Landkreises Nordwestmecklenburg als zuständiger Bodenschutzbehörde mitzuteilen. Kampfmittelbelastungen liegen in der Zuständigkeit des Munitionsbergungsdienstes.
- Mit der Getrennthaltung von mineralischen, metallischen, hölzernen und sonstigen Bauabfällen und nach Maßgabe des Entsorgers kann im Allgemeinen die gemeinwohlverträgliche Abfallentsorgung vorbereitet werden.
- Bei Abbrucharbeiten dient ein vorher erstelltes Schadstoffkataster der Arbeitssicherheit sowie der ordnungsgemäßen und schadlosen Entsorgung.

Satzung der Gemeinde Benz über den Bebauungsplan Nr. 6 "OT Kalsow"

im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB

 des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBI. I S. 3634), zu-letzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. August 2020 (BGBI. I S. 1728) sowie

der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBI. I S. 3786),

der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanzV)

vom 18. Dezember 1990 (BGBI. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 4. Mai 2017 (BGBI. I S. 1057),

des § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Okto-ber 2015; zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19. November 2019 (GVOBI. M-V S. 682). der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli

2011 (GVOBI. M-V 2011, S 777), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2019 (GVOBI. MV S. 467) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom den Bebauungsplan Nr. 6 "OT Kalsow" in Kalsow für das Gebiet der Gemarkung Kalsow, Flur 1, Flurstücke Nr. 27/3, 27/6, 27/8, 27/9, 27/11, 27/12, 86, 87 sowie Teilflächen aus 27/10, 43 und 91, bestehend aus Teil A - Planzeichnung,

Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom ...05.08.2020...

Teil B - Text sowie den örtlichen Bauvorschriften erlassen.

1	Benz, den	Der Bürgermeister
2	Das Amt für Raumordnung und Landesplanung ist gemä	åß § 1 Abs. 4 BauGB mit Schreiben vom beteiligt worde
2	Benz, den	Der Bürgermeister
3	Die Gemeindevertretung hat am03.02.2021 den Er Abs. 2 BauGB zur öffentlichen Auslegung bestimmt.	ntwurf des Bebauungsplanes mit Begründung gebilligt und gemäß
	Benz, den	Der Bürgermeister
4	Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Bela mit Schreiben vom über die öffentliche Aus Stellungnahme aufgefordert worden.	nge, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden, slegung informiert und gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zur Abgabe e
	Benz, den	Der Bürgermeister
5	sowie die Begründung, haben in der Zeit vom Bauamt, nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit den Hinweisen, dass die Planunterlagen für die Zeit der Auslegung dass von einer Umweltprüfung abgesehen wurde, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfris können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnah	g auch auf der Homepage des Amtes Neuburg einsehbar sind st von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht we men bei der Beschlussfassung über die Satzung unberücksie durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln ortsü
	Benz, den	Der Bürgermeister
6	Der katastermäßige Bestand am wir Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, dass der Maßstab 1 : vorliegt. Regressansprüche könner	rd als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lagerich eine Prüfung nur grob erfolgte, da die rechtsverbindliche Flurkar n nicht abgeleitet werden.

Benz, den

Bauvorschriften wird hiermit ausgefertigt.

In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung

• der Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1-3 BauGB und in § 5 Abs. 5 KV M-V bezeichneten Verfahrens- und der Verletzung von Mängeln der Abwägung

... ortsüblich bekannt gemacht worden.

Zusätzlich erfolgte die Bekanntmachung auf der Homepage des Amtes Neuburg unter der Internetadresse

sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs.1 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 Abs.3 Satz 1 und 2 sowie Abs.4 BauGB) hingewiesen worden.

Die Satzung über den Bebauungsplan ist mit der Bekanntmachung in Kraft getreten. Der in Kraft getretene Bebauungsplan mit der Begründung wurde ergänzend ins Internet auf der Homepage des Amtes

Neuburg eingestellt.

Der Bebauungsplan, bestehend aus Teil A - Planzeichnung und dem Teil B - Text sowie den örtlichen Bauvorschriften

wurden amvon der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde

Die Satzung über den Bebauungsplan, bestehend aus Teil A - Planzeichnung, Teil B - Text und den örtlichen

Der Beschluss über die Bebauungsplansatzung sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von

jedermann eingesehen werden kann und über deren Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind durch Aushang in der Zeit vom

Der Bürgermeister

Der Bürgermeister

Der Bürgermeister

Der Bürgermeister

Gemeinde Benz

Landkreis Nordwestmecklenburg

Satzung über den Bebauungsplan Nr. 6 "OT Kalsow"

im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB

Stand 03.02.2021

Entwurf $H/B = 500 / 900 (0.45m^2)$